

August 1936.

Preis 10. G.

Brandendes Spanien!

Um die Ruhe, die Ordnung und Sicherheit des Privateigentums wieder herzustellen, hat sich unter Führung der Generäle ein Teil der Armee gegen die Regierung erhoben. Und hinter dieser aufständischen Armee stehen alle jene die das alte Spanien wieder wollen. Das monarchistische Spanien--das Spanien der Herzöge, Fürsten, Grafen und Pfaffen---das Spanien der Knechtung, der Ausbeutung, der geistigen Finsternis.---Ein Spanien in dem die herrschenden Ausbeuter das Heft fest in der Hand haben, in dem die Arbeiter Menschen müssen, die Millionenmassen der Bauern unter mittelalterlichen Bedingungen leben.

Der von der Rechtsbourgeoisie inszenierte Aufstand richtet sich nicht gegen eine proletarische, sondern gegen eine bürgerlich-demokratische Regierung gegen die Regierung der linken Bourgeoisie. Die Rechtsbourgeoisie, das Monopolkapital, vertausendacht nicht nur die Ausbeutung der Arbeiter, es richtet nicht nur das Kleinbürgertum zugrunde, es wendet sich auch gegen die kleinere und mittleren, die kapitalschwächeren Kapitalisten und frisst sie auf. Diese können sich der übermächtigen Konkurrenz des Monopolkapitals zu erwehren, indem sie die Millionenmassen der Werktätigen mobilisieren und sich auf sie stützen, nicht zum Sturz des Kapitalismus, der Herrschaft der Bourgeoisie überhaupt sondern nur um das Monopolkapital, die Rechtsbourgeoisie in jene Grenzen zurückzudrängen, innerhalb dieser sie den schwächeren linken Kapitalisten nicht gefährlich sind. Die Mobilisierung, die Ausnützung der Massen für die Interessen der linken Bourgeoisie gelingt dieser mit Hilfe der SP. und der Stalinpartei, mit der sie in Koalition sind und die dafür den Kleinbürgerlichen Anteil an der kapitalistischen Staatsmacht bekommen; gelingt ihnen, dank der Verrätherheit der Anarchisten, die den Kampf um die proletarische Macht sabotieren, gelingt ihnen, weil dem spanischen Proletariat heute noch seine Klassenpartei fehlt.

Der Kampf der meuternden Generäle gegen die "Volks"Frontregierung ist also nicht ein Kampf zwischen kapitalistischer und proletarischer Macht, sondern ein Kampf zwischen rechten und linken Flügel der Bourgeoisie um zwei verschiedene Methoden, um das Monopol der Ausbeutung. Und dennoch: die "Volks"Frontregierung, die sich auf die von kleinbürgerlichen Parteien geführten Arbeitermassen stützt, kann nur niedergeworfen werden, wenn die Generäle das Proletariat niederringen. Darum werden von den Aufständischen die Arbeiter zu Hunderten niedergeschossen, darum herrscht überall der weiße Schrecken, wo die Aufständischen siegen. Darum werden in den von ihnen besetzten Städten alle Arbeiterorganisationen, und wären sie noch so gemässigt, ausgenutzt, gesprengt, die klassenbewussten Arbeiter gehetzt, verjagt, gefoltert. Und darum kämpft das spanische Proletariat mit all seinem Mut, seiner Kraft und Opferfähigkeit auf Seiten der Madrider Regierung, nicht weil diese Regierung seine Regierung sondern weil der Sturz dieser Regierung durch die Henkergeneräle für das Proletariat der Sturz in einen unermesslich tiefen Abgrund wäre.

Die Generäle hofften, wenn sie die ihnen folgenden Truppen und die bewaffneten Verbrecher und Abenteurer der Fremdenlegion einsetzen, dass sie ganze Armee mitreissen und so durch ein paar schnelle Schläge siegen würden. Allein die Generäle hatten sich verrechnet. Sie konnten nur siegen, wenn sie ü-

beraschend den Gegener über den Haufen warfen. Das gelang ihnen nicht. Und so hatte die Regierung Zeit, die Massen zu bewaffnen---und jeder Tag, um den der Kampf länger dauert, ist ein Gewinn für die Regierung, desto grössere Massen kommen in Schwung. Mag der Kampf auch heute noch nicht beendet sein, die Masse sind in Bewegung, ihre ungeheuere Kraft und Opferfähigkeit wird alle Hindernisse überrennen. Ihr Sieg und die Niederlage der Aufständischen ist gewiss!

Aber es gilt nicht nur, mit heissem Herzen bei den kämpfenden spanischen Arbeitern zu sein, es gilt, die Frage zu beantworten, wieso die Konterrevolution den Mut und die Kraft aufbrachte, nach einem halben Jahr "Volks"frontregime loszuschlagen---und im Anfang mit Aussicht auf Erfolg loszuschlagen? (Vor einem halben Jahr errang die "Volks"front ihren grossen Stimmzettelsieg. Allei statt diesen Sieg auszunützen, statt den Besiegten zu entwaffnen, liess die "Volksfront alles beim Alten. Am Staatsapparat wurde garnichts geändert; die Polizei blieb, die Gendarmerie blieb, die Armee blieb so wie sie war, und sogar die Generäle blieben. Ein General, der sich bei der niederschlagung des Aufstandes in Asturien besonders hervorgetan, wurde---nicht etwa verhaftet, sondern auf die Balearen als Gouverneur (strafweise) versetzt. Andere Henkeroffiziere kamen in andere Garnisonen. Und das war auch so in Ordnung. Die "Volks"frontparteien wollten nicht die Diktatur des Proletariats. Sie waren für ein "Volks"frontregime. Aber die Geschichte hat gezeigt, dass wer heute die Diktatur des Proletariats nicht will, nur noch die Möglichkeit hat, sich vom Militärstiefel irgend eines Generals niedertreten zu lassen. Wenn heute in Spanien überall dort, wo die Generäle die Macht haben, die Arbeiter wie tolle Hunde zu sammengeschossen werden, wenn die Massen heute ungeheuere Opfer an Blut und Leben bringen müssen, um sich der Raubtiere im Generalsrang zu erwehren, so verdanken sie das der SP. und der Stalinpartei, die alles unterlassen haben, was den Angriff der Generäle unmöglich gemacht hätte.

Die Massen werden siegen. Miz den Massen wird die "Volks"front, wird SP. und Stalinpartei siegen. Aber es wäre ein toller Wahn, zu glauben, dass diese Parteien aus der Erfahrung "gelernt". Für sie gibt es nichts mehr zu lernen. Sie sind kleinbürgerliche Parteien; ihre Politik wird durch ihren klassencharakter zwangsläufig bedingt. Sie werden, wenn sie siegen, das machen, was sie in Spanien bereits zweimal gemacht: alles beim Alten lassen! Keine proletarische Diktatur wird das Ergebnis ihres Sieges sein. Die SP. wird in die Regierung kommen, vielleicht auch die Stalinpartei---aber in die Regierung einer bürgerlichen Demokratie.

Das was in diesen Wochen in Spanien vor sich geht, gleicht in hohem Masse den Septembertagen 1917 im Russland. Auch dort war eine "Volksfrontregierung" (wenn sie auch nicht diesen Namen hatte) an der Macht. Auch dort stützte sich die Regierung Kerenski auf die kleinbürgerlichen Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Und genau so wie die "Volks"frontregierung noch vor ein paar Wochen Streikausschüsse verhaftete, genau so wie sie in rebellierende Bauern hineinschiessen liess, genau so warf Kerenski die Bolschewiki in den Kerker, liess die Junker auf die Arbeiter los, stellte sich auf Seite der Gutsbesitzer gegen die Bauern. Und genau so wie in Spanien erhob sich ein General--Kornilow--gegen ihn. Und derselbe Kerenski, der Tags zuvor noch die Bolschewiki verleumdet und gehetzt, die Arbeiter verhöhnt, der Bourgeoisie ausliefert hatte, demselben Kerenski blieb nichts anderes übrig, als diese Arbeiter zu bewaffnen, zu den Bolschewiki in seinen (Kerenski's) Kerker zu gehen und sie zu bitten, ihn gegen Kornilow zu helfen. Und die Bolschewiki halfen ihm, und halfen ihm so gründlich, dass wenige Wochen später weder von Kornilow noch von Kerenski etwas zu sehen war.

Gegen Kornilow stützte Kerenski sich auf die Arbeiter. Aber unter Füh-

zung einer wahrhaft revolutionären Partei wuchs die Bewegung über Kerenskis Kopf hinaus, sprengte alle Dämme---ging unaufhaltsam weiter---dem Oktober zu.

Spanien durchlebt jetzt seine Kornilowtage Aber mit einem Unterschied: es fehlt die bolschewistische Partei. Es fehlt die Partei, die so grenzenlos mutig, aufopfernd, zähe und kühn zu führen und kämpfen versteht, wie die Partei Lenins. Es fehlt die Partei die zur "Volks"front, zu den spanischen Kerenskis spricht: "Ihr wollt uns eine demokratische Regierung, ein Regime des Volkes geben, und habt uns doch nur knapp bis unter die Diktatur der SB belassler gebracht." Es fehlt die Partei die zu den Kapitalisten spricht: "Ihr wollt die Arbeiter wieder entrechteten, sie zu rechtlosen Heloten machen. Ihr wolltet uns die Diktatur der Generäle geben. Wir geben euch die Diktatur des Proletariats!"

Die Massen werden siegen! Aber ohne Partei werden sie ausserstande sein, den Sieg auszunützen. Und trtz alledem: das letzte Wort ist in Spanien noch nicht gesprochen! Auf dem Rücken der siegreichen Massen werden die Sozialdemokraten noch einmal hinaufkommen. Ihre erste Tat wird sein, wenn der Kampf beendet ist, die Arbeiter zu entwaffnen. So wie sie 1918 in Oesterreich "weise Selbstbeschränkung" geübt haben, so wie ein paar Wochen vorher in Frankreich die miteinander verbündeten "sozialistischen" und "kommunistischen" Parteien den Arbeitern gesagt haben: "Man muss verstehen die Waffen wegzulegen, wenn man gesiegt hat!" Aber die Arbeiter vor dem Kampf wissen ein Gewehr lange nicht so zu schätzen, wie die Arbeiter nach dem Kampf. Diese Arbeiter werden begreifen: die Waffen niederlegen heisst, der Konterrevolution eine neue Gelegenheit zum Angriff geben. Diese Arbeiter werden viel leichter begreifen: Parteien die wollen, dass die Arbeiter nach dem Sieg die Waffen abliefern, die wollen garnicht ernsthaft die Proletarierdiktatur, weil sie das Mittel nicht wollen, mittels dessen diese Diktatur aufgerichtet und erhalten werden muss: das bewaffnete Proletariat!

Die Massen werden siegen! Aber für wen? Ihre Partei, die Vierte Internationale, existiert noch nicht. Doch an der blutigen Front des Klassenkampfes im Feuer des Bürgerkriegs lernen die Massen in Tagen und Wochen, wozu die sonst Jahrzehnte brauchen. Und wehe den Kapitalisten und ihren Tross, wenn der Gedanke der vierten Internationale die besten Vertreter des spanischen Proletariats erfasst und begeistert, um dann mit Sturmesgewalt sich der Massen zu bemächtigen, alle Hindernisse hinwegfegend, einen spanischen Oktober entgegen

zur österreichisch - deutschen Verständigung.

Um seinen abessinischen Raub zu sichern, hat sich Italien zur offenen Zusammenarbeit mit Deutschland entschlossen. Dieses Bündnis des patentierten Verteidigers der österreichischen "Unabhängigkeit", des faschistischen Italiens mit dem ärgsten Gegner dieser "Unabhängigkeit", dem faschistischen Deutschland, machte auch eine Verständigung zwischen den Beiden über das Schicksal Oesterreichs notwendig: das Ergebnis dieser Verständigung ist der österreichisch-deutsche Staatsvertrag vom 11. Juli 1936.

Der Vertrag schafft eine neue Mächtekombination. Im Herzen Europas steht

Genossen, wenn ihr diese Zeitung gelesen habt, gebt sie an andere vertrauenswürdige Genossen weiter!

nun fest der Block: Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Albanien da, dem sich P

Polen, Finnland Bulgarien, Japan anschliesst. Eine neue, und bisher gefährlicste Bedrohung Russlands, doch auch der Kleinen Entente, vor allem der CSR., Frankreichs und England! Ein neuer gewaltiger Schritt auf den Weg zum zweiten imperialistischen Weltkrieg, von dem uns nur mehr ganz kurze Zeit trennt. Entsprang auch der österreichisch-deutsche Vertrag einzig und allein den imperialistischen Bedürfnissen der Aussenpolitik Italiens, so hat er doch einschneidende innerpolitische Auswirkungen. Die Nazis bekommen in Oesterreich viel grösseren Spielraum. Gewiss liegt es in der Absicht der Regierung, ihre bisherigen bonapartistischen Kurs, der die Ausnützung des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen dem Natilager und dem Lager der Arbeiterschaft besteht, fortzusetzen. Doch dieser Kurs war nur möglich, solange diese Lager einander ungefähr das Gleichgewicht hielten und sich so gegenseitig paralysierten, so dass die Regierung hinter der ja keine Massen sehen, sich durch das gegenseitige Ausspielen dieser Lager halten konnte, einzig und allein auf den Staatsapparat gestützt. Doch dieses Gleichgewicht wurde durch den Staatsvertrag gründlich zugunsten der Nazis gestört. Die Nazis bekommen das Übergewicht, und damit ist es mit der Mittelposition der Regierung, mit ihrem hin- und herschaukeln zwischen rechts und links vorbei. Und auch mit der "Medienerschaft" der Nazis gegen die Regierung ist es vorbei. Mögen die Nazis noch irgendetwas Minister auspfeifen, mögen sie auch, besonders jetzt, wo sie aus den Mizzelmassen und leider auch aus der Arbeiterklasse gesteigerten Zuström erhalten, illegale Aktionen "gegen die Regierung" durchführen, tatsächlich sind sie bereits zur Stütze des Regimes gegen das Proletariat geworden. Es ist nur mehr eine Frage der Zeit, dass in der schwarz-grün-braunen Front die Braunen endgiltig die Führung an sich reißen. Der Staatsvertrag vom 11. Juli bedeutet das Ende der bonapartistischen Aera, bedeutet den Uebergang zur faschistischen Diktatur auch in Oesterreich.

Der 11. Juli hat für die Arbeiterschaft nicht nur seine Bedeutung darin, dass das blutbefleckte Regime nun noch brutaler, blutdürstiger die Arbeiter niederhalten wird; er hat seine Bedeutung auch darin, dass er der Arbeiterklasse nochmals den Bankrott der RS. (SP.) und Stalinparasiten deutlich vor Augen führt. Die kleinbürgerlich-demokratischen Parteien haben den Kampf für die spezifisch proletarischen Interessen und Ziele aufgegeben zugunsten einer nebulösen "antifaschistischen Kampfes". Ihre ganze Politik war nach dem Februar 1934 darauf gerichtet, das Aufkommen der braunen Mordbestie zu verhindern um das Einsinken Oesterreichs in die Front des deutschen Imperialismus zu verhindern. Diese Politik fand ihren aussenpolitischen Ausdruck in der Lösung der "Verteidigung der Neutralität und Unabhängigkeit Oesterreichs vor dem Hitlerfaschismus", d. h. sie setzte an Stelle des proletarisch-revolutionären Defaitismus den Sozialpatriotismus. Diese Politik fand in ihrem innerpolitischen Ausdruck in der Ziellosigkeit der "antifaschistischen" Volksregierung, d. h. sie hat die Regierung Schuschnigg tatsächlich toleriert. Das war die wahre Grundlinie von RS. und Stalinpartei: sie wollten den Faschismus bekämpfen im Bunde mit der linken Bourgeoisie (wobei es ein tragisches Detail ist, dass diese linke Bourgeoisie heute in Oesterreich nicht existiert). Mit einem Wort: sie wollten den Faschismus bekämpfen durch die Koalitionspolitik.

Der Faschismus wird von der Bourgeoisie ausgerüstet und bezahlt, um die Arbeiter niederzuwerfen. Der Faschismus wird also nur bekämpft, wenn man auch (und vor allem) gegen die Bourgeoisie kämpft. Gegen die Bourgeoisie erfolgreich zu kämpfen ist nur möglich durch Mobilisierung immer grösserer Teile

der Arbeitermassen. Doch dazu ist die Koalitionspolitik unfähig. Die Koalition kann ja nur hergestellt werden, indem man die Interessen der Arbeitermassen, die zu mobilisieren sind, der Bourgeoisie preisgibt. Allein ohne wirkliche Vertretung dieser Interessen keine ernsthafte Mobilisierung der Massen. Die Koalitionspolitik hat geradewegs zum Feber 1934 geführt, sie musste, nach dem Feber fortgesetzt, zum 11. Juli 1936 führen. So, gibt der 11. Juli dem Proletariat noch einmal die Eindringliche Lehre: nicht nur um die Diktatur der Arbeiterklasse zu verwirklichen bedarf es proletarisch-revolutionärer Politik; sogar um nur die bürgerliche Demokratie wiederherzustellen, sogar um nur eine "antifaschistische" Politik zu machen (eine solche, die nicht nur in Worten "antifaschistisch" ist, sondern als deren Ergebnis tatsächlich eine Schwächung des Faschismus herauskommt), sogar zu dem erweist sich die kleine bürgerliche RS. und Stalinpartei als unfähig, sogar zu dem bedarf es der revolutionären Anstrengungen einer wahrhaft proletarischen Partei.

RS. und Stalinpartei werden nun wieder blutrot angezogen einherstolzieren, "revolutionär" wird bei ihnen wieder eine Zeit lang Mode sein. Doch ist eine grundsätzliche Änderung ihrer Politik zu erwarten? Sie haben sich nach der Feberkatastrophe nicht geändert. Die haben durch ihre Nachfeberpolitik gerade das Gegenteil erreicht, vöndem, was sie erreichen wollten: statt Schwächung, Stärkung Hitlers! Sie werden die Koalitions-, die "Volks"frontpolitik auch jetzt fortsetzen. Sie sind kleinbürgerliche Parteien, sie bleiben kleinbürgerliche Parteien, sie können aus ihrer Haut nicht heraus. Mit anderen Worten: der 11. Juli enthebt das Proletariat nicht der Aufgabe, sich eine neue revolutionäre Partei zu schaffen. Diese Aufgabe wird gerade durch den 11. Juli besonders unterstrichen.

Faschistische Diktatur nun auch in Oesterreich! Sie stellt an das Revolutionäre Proletariat neue, schwere Anforderungen. Bisher standen der Regierung nur die Spitzel der Polizei und bezahlte Lumpenelemente zur Verfügung. Der Anhang der Regierung war sehr klein. Morgen wird das faschistische Kleinbürgertum, die Massen der national"sozialistischen" Parteigänger Spitzel- und Terrortrupp der Regierung gegen die Arbeiter sein. Erhöhte Vorsicht, strengste Konspiration, vor allem auch den Nazis gegenüber ist das erste, das die Lage verlangt.

Der Druck der auf der Arbeiterklasse lastet, wird verstärkt werden. Gar mancher Arbeiter wird diesen Druck unterliegen. Strengste Auslese, schärfste Kontrolle in unseren Reihen, um die Organisation zu erhalten.

Das allerwichtigste aber, das allerentscheidenste, das zwingendste Gebot, das die Lage uns stellt: Klarheit über die Ursache der Niederlagen, Klarheit darüber auch wieso es zum 11. Juli 1936 kommen konnte, Klarheit darüber, dass nicht "die panische Angst von der in Formierung begriffenen "Volks"front" die österreichische Regierung zu diesen Schritt trieb, sondern dass er der Regierung gerade durch die von RS $\frac{1}{2}$ und Stalinpartei herbeigeführte Lähmung und Zersetzung der Arbeiterklasse ermöglicht wurde. Und so aus der gewonnenen Erkenntnis den Entschluss gefasst: mitzuhelfen am Aufbau einer neuen proletarischen Klassenpartei, am Aufbau der VIERTEN INTERNATIONALE!

Politische Um - und Vorschau.

Der Völkerbund hat die Sanktionen gegen Italien, die sich als unwirksam erwiesen haben, aufgehoben. Die Annexion wurde jedoch nicht anerkannt. Das hat die schwierige Lage Mussolinis nicht verbessert. Der Abessinische Feldzug

hat ihm 15 Milliarden Lire gekostet. Es ist vorläufig noch keine Rede davon, dass er durch Ausbeutung der Bodenschätze Abessinien auch nur einen Teil davon hereinbekommen könnte. Er musste sich sogar zu einem Lohnabbau in Italien entschliessen. In dieser Lage, wo die Schwierigkeiten ihn über den Kopf zu wachsen drohten, wo England und Frankreich diese Schwierigkeiten noch vergrößerten, entschloss er sich zu dem Bündnis mit Deutschland.

England und Frankreich machten in letzter Minute den Versuch, Italien von diesem Schritt zurückzureden, indem sie den Flottenbeistandspakt im Mittelmeer für aufgehoben erklärten, und ihre Flotte aus diesem zurückzogen. Doch es war schon zu spät.

Das Bündnis Italien-Deutschland machte eine Regelung der österreichischen Frage notwendig. Der österreichisch-deutsche Vertrag entsprang also nicht innerpolitischen Erwägungen Österreichs (denn SP. und Stalingpartei waren zu jedem Opfer auf Kosten der Masse bereit, sofern die österreichische Bourgeoisie in die imperialistische Front Frankreichs eingetreten wäre), sondern entsprang der Initiative Italiens. Deutschland unterstützt nun Italien in Bezug auf den abessinischen Raub, dafür sichert Italien Deutschland seine Unterstützung für dessen Raubpläne gegen Sowjetrußland.

In England gibt es dem gegenüber zwei Strömungen. Einig sind sich alle englischen Imperialisten (einschliesslich Labour-Party und Liberale), dass die englischen Rüstungen aufs Äusserste forciert werden müssen und dass dazu Zeit erforderlich ist. Ein Teil der Rechtsbourgeoisie visiert auf ein Zusammengehen mit Hitler gegen Rußland (möglichst mit, wenn nötig aber auch ohne Frankreich), der andere Teil der Konservativen neigt zu einem Bündnis mit Frankreich. Nach dieser Richtung drücken auch Labour-Party und Liberale und vor allem die Massen jedenfalls auf eine Orientierung Englands auf Frankreich. Das sehr bedeutsame Entgegenkommen Englands Rußland gegenüber in der Dardanellenfrage auf der Konferenz von Montreux ist nur unter dem Eindruck des deutsch-österreichischen Übereinkommens zu deuten und ist klar gegen Italien gerichtet. (Die russische Kriegsflotte darf jetzt aus dem Schwarzen Meer ausfahren, während England noch einige Tage unbeugsam für das Gegenteil eintrat.)

Die Fronten des zweiten imperialistischen Weltkrieges lassen sich also schon klar sehen. Auf der einen Seite: Japan, Deutschland, Polen, Italien, Finnland, Österreich, Ungarn, Albanien, Bulgarien; auf der anderen Seite: Frankreich, CSR, Jugoslawien, Rumänien, Rußland, Türkei, Griechenland. Unsicher ist, wie gesagt, noch England. Spanien und Portugal werden sich auf Seite Frankreichs stellen, insbesondere wenn sich auch England dahin stellt. (In Spanien hängt dies im hohen Ausmass vom Ausgang des Bürgerkriegs ab, die Aufständischen stünden auf Seiten Deutschland-Italien). Holland und die drei skandinavischen Staaten werden auf Seiten Englands sein, Belgien auf der Seite Frankreichs, in China dürfte Nanking mit Japan gehen, Kanton aber mit England-USA. (Kanton soll aber schon von Nankingtruppen besetzt sein). Amerika neigt mehr auf Seite Englands.

Der spanische Bürgerkrieg hat eine neue Verschärfung der internationalen Lage gebracht. Italien schickt den Aufständischen 28 schwer bewaffnete Bombenflugzeuge zu Hilfe, von denen 6 in französisch-Marroko niedergingen (oder herabgeholt wurden), so dass das Ganze aufkam. Auch deutsche Kriegsschiffe unterstützen die Aufständischen. Das hat eine ungeheure Erregung in Frankreich hervorgerufen und es schien fast, als käme es jetzt schon zum Krieg. Indes scheint es diesmal noch vermieden zu sein und Frankreich tritt jetzt für strikteste Neutralität gegenüber den kämpfenden Parteien ein.

Japan hat seinen Truppenbestand in Mandschukou auf die Höhe der russischen Kriegsmacht im Fernen Osten erhöht, Kanton hat vor den Truppen Nanking

kapituliert. Das dürfte zu einer Stärkung Japans in Ostasien führen, also die Kriegsgefahr steigern.

Alles in allem: Verschärfung der Kriegsgefahr. Dem steht als Lichtpunkt nur der Kampf des spanischen Proletariats gegenüber, der überall, auch in Österreich, auf die Arbeiterschaft belebend wirken wird.

Redaktionsschluss am 4. August 1936.

Eine Auseinandersetzung.

Von unseren KP.Genossen erhielten wir folgende Zuschrift:

Antwort auf die Nr. 3.

Auf Ihre Frage Punkt 3, was wir unter Aktionsbereitschaft bürgerlicher Elemente verstehen, wollen wir Euch hier antworten:

Wenn wir von einer Aktionsgemeinschaft mit aktionsbereiten bürgerlichen Elementen sprechen, dann denken wir in allererster Linie an die Schichten des Kleinbürgertums, die uns wirtschaftlich und geistig so weit nahestehen, dass wir sie zu gewissen Aktionen mit uns - nicht zu allen - interessieren und mobilisieren können. Wir sehen, dass nicht alle, die wir zum Bürgertum zählen, Faschisten sind. So z.B. sind die freisinnigen und freiheitlichdenkenden in Stadt und Land (zahlreiche Bauern), Kleingewerbetreibende, in grosser Zahl die Kriegsgegner... Antifaschisten. Sie fühlen heute noch noch den aktiven Antriebe in sich den Kampf gegen den Faschismus zu führen, ihre Existenz allein, wird aber schon als Widerstand gegen die weitere Ausbreitung des Faschismus empfunden, und unsere Aufgabe ist es, die Initiative zu ergreifen und diese Schichten in Bewegung zu setzen.

Nach den Febrereignissen sind viele Angestellte und Mittelständler, frühere Sozialdemokraten und mit ihnen Sympathisierendes der grossen Gruppe der politisch untätigen herabgesunken. Diese müssen wir wieder in unseren Sinn politisch interessieren und sie mit den Führern versorgen, die ihrer Mentalität entsprechen. Sie vor dem Mitlaufen mit dem Faschismus abzuhalten sind wir da, und wenn wir uns auch nicht auf sie stützen können und wollen, so können wir doch die in ihnen gebundenen antifaschistischen Kräfte zur Aktionsgemeinschaft für unsere Zwecke mobilisieren.

Wir sind nicht der Ansicht, dass wir den Kampf gegen den Faschismus nur mit überzeugten Marxisten führen können, und können nicht warten bis die oben erwähnten Schichten von unserer Idee erfasst und überzeugt worden sind. Wenn sich durch die gemeinsamen Aktionen mit den aktionsbereiten Schichten andere Situationen ergeben werden wir auch diese Aufgabe erfüllen, wirkungsvoller und mit weniger Opfern.

Zu Punkt 5:

Diese antifaschistischen Kräfte klassenmässig zu scheiden ist unmöglich. Die Tatsache, dass in der faschistischen Front Proletarier, also klassenmässig uns angehörige Gruppen, und in unseren Reihen auch Kleinbürgerliche kämpfen, und im Bewusstsein der Gefahr nach Kräften Hilfe leisten, ist nicht weg zuleugnen. Eure Frage ist nicht richtig gestellt, denn klassenmässig kann man faschistische und antifaschistische Kräfte schwer trennen. Dass das Kapital am Faschismus aller Farben Interesse hat und ihn auch finanziert, wissen wir nicht aber jene Proletarier, die sich in seinen Reihen befinden oder jene die sich der besitzenden Klasse anbiedern, ihr sogar anzugehören glauben, dabei aber nur Proletarier sind, und nur Vorspanndienste leisten. Wenn alle, die

klassenmässig zu uns gehören, in unseren Reihen mit uns kämpfen würden, dann hätten wir schon die Revolution durchgeführt und die bestehende Gesellschaftsordnung gestürzt.

Die Vereinigung des Proletariats ist unser Ziel, da wir aber nicht darauf warten können, sind wir gezwungen, auch mit klassenmässig gemischten Be-
rungsgruppen, jene Aktionen, die uns unserem Ziele nahe bringen, gemeinsam durchzuführen.

Zum Schluss verweisen wir noch auf die wertvollen Aktionen der Kriegsgegner, aus deren Kreisen nicht wenige junge aktive Mitarbeiter zu uns stossen. Klassenmässig sind sie zum Teil wohl bürgerlich, ideologisch aber antifaschistisch.

Zu Punkt 6 und 7.

Auch ihr verfällt in die abgeschmackte Kampftart der Bourgeoisie, die Führer durch Verdächtigungen von den Parteimitgliedern zu trennen. Die Partei sind w i r und Führer ist, wer unser Vertrauen genießt. Nach Ministersesseln strebt auch kein K o p l e n i g (siehe Frankreich, wo die KPF. Eintritt in die Regierung ablehnte), nach der Macht im Staate wir a l l e, um das Ziel der KP verwirklichen zu können.

Antwort auf die Mainummer:

In dieser Nummer schreibt ihr: Die KP. wäre Schuld an der Katastrophenpolitik der SP. Um Euch zu zeigen, wie unsinnig Eure Behauptung ist, wollen wir hier nur zwei Beispiele anführen:

Als Hitler von Hindenburg mit der Regierung betraut wurde, sah die KPD. die Gefahr und forderte die SPD. und ihre Gewerkschaften zum Generalstreik gegen die Berufung Hitlers auf. Die SPD. und ihre Gewerkschaften antworteten mit einem Flugblatt, indem sie die KPD. als Provokateure hinstellte und verwies die Bekämpfung Hitlers durch die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Auch in Oesterreich sahen wir bei dem Grünbacher Bergwerkstreik, der von der KP. geführt wurde, dass die SP. den Streik mit Hilfe ihrer Gewerkschaften abwürgte.

Weiters verweisen wir auf die Haltung der SP. in der Schweiz, in England und CSR, die das Angebot der KP. auf gemeinsame Zusammenarbeit ablehnten.

Immer wieder tischt ihr das Märchen vom Aufbau des Sozialismus in Russland auf Kosten der Weltrevolution auf.

Seid ihr blind oder taub, da ihr nichts zu wissen scheint, von den revolutionären Kämpfen, die die KP. in Frankreich und Spanien führt wo, wie wir immer deutlicher sehen, es gelingt ihnen auch, mit Hilfe der von Euch so geschmähten VOLKSFRONT, sich an die Spitze des Proletariats zu stellen, und den Weg zur proletarischen Diktatur vorzubereiten.

Ihr schreibt: "Nicht F r i e d e und F r e i h e i t darf die Parole der Arbeiter sein; solange diese Gesellschaftsordnung besteht, sind diese Parolen nur Phrasen." Glaubt ihr denn, dass durch Eure Existenz allein (4. Internationale) die bestehende Gesellschaftsordnung gestürzt werden wird?

Jede marxistische Organisation, die die Revolution auf ihr Banner schreiben muss das Vertrauen des Proletariats dadurch erringen, indem sie für die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiter und Bauern kämpfend, eintritt.

F r i e d e n und F r e i h e i t wünscht das Volk und mit dieser Parole können wir sie für den Kampf gegen den Faschismus gewinnen. Wir kämpfen auch weiters für freie Wahl der Betriebsräte, Presse-, Rede-, und Versammlungsfreiheit, gerechte Steuerpolitik, im Interesse der wirtschaftlich Schwächeren, staatliche Hilfe zugunsten der Kleinbauern usw.

Wenn es uns so gelingt, die Massen aus ihrer Untätigkeit herauszureissen und zum Kampfe gegen das herrschende Regime zu gewinnen, befinden wir uns auf

den Wege zu Frieden und Freiheit.

Sollte aber dennoch der Krieg ausbrechen, wird es uns durch diese Vorarbeit um so eher gelingen, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln, und somit die proletarische Diktatur aufzurichten.

Ihr könnt wohl die Arbeit der aktiven Organisationen kritisieren, seid aber selbst nicht imstande, die geringste Aktivität aufzuweisen, wie Ihr es uns im 6. Bezirk bewiesen habt.

Durch Eure Haltung legt Ihr die revolutionären Kräfte in den Massen lahm und entfaltet dadurch eine konterrevolutionäre Tätigkeit.

Ihr jammert, dass "die grosse Masse der Arbeiter (wo sind die Bauern?) uns heute noch nicht versteht". Sie werden Euch nie verstehen, da Ihr Euch der augenblicklichen Lage nicht anpasst, und nicht für Forderungen kämpft, die im gegebenen Moment sich als notwendig erweisen.

Zum Schlusse fordern wir Euch nochmals auf, mit uns gemeinsam Aufklärung in die Massen zu tragen, u. z. über die katastrophale Aussenpolitik der Regierung, über die Dienstpflicht und der sich daraus ergebenden Kriegsgefahr. Wir sind sofort bereit, mit Euch in dieser Richtung Fühlung zu nehmen. Wir warten auf Eure Antwort.

KP.VI.

Antwort der Redaktion.

Zu Punkt 3. Die KP. Genossen werfen gleich im Anfang ihres Artikels zwei verschiedene Klassen, nämlich Kapitalistenklasse und Kleinbürgertum durcheinander und zusammen. Sie begehen damit den Fehler: "Das Verhältnis der Klassen untereinander falsch zu bewerten, also jenes wichtigste und grundlegendste Element, ohne das es keinen Marxismus geben kann." (Lenin)

Wir gehen an jeder Frage vom proletarischen Klassenstandpunkt, und ausschliesslich von diesen Standpunkt heran. Vom proletarischen Klassenstandpunkt aus aber gibt es keine wie immer geartete Zusammenarbeit (oder Aktionsgemeinschaft) mit bürgerlichen, d. h. kapitalistischen Elementen. Untersuchen wir kurz die grossen, entscheidenden Interessen von Bourgeoisie und Proletariat, und wir werden das sofort besser verstehen.

Zuerst die Interessen der Bourgeoisie:

1. Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln,
2. Aufrechterhaltung des kapitalistischen Staates, der dieses Privateigentum schützt, um eben um dieser Funktion willen von der Kapitalistenklasse aufgebaut wurde,
3. Dauernde Erhaltung der Arbeiterklasse in einem Zustand, der diese zwingt ihre Arbeitskraft den Kapitalisten zu verkaufen und zwar zu den für die Kapitalisten günstigsten Bedingungen (niedriger Lohn, grosse Arbeitszeit, grosse Intensität der Arbeit usw.)

4. All das zu dem Zweck, um möglichst grossen Profit aus den Arbeitern herauszuschinden, um sich im kapitalistischen Konkurrenzkampf zu behaupten.

Nun die Klasseninteressen der Arbeiter:

1. Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln,
2. Zertrümmerung des kapitalistischen Staates, der dieses Privateigentum verteidigt, und Aufrichtung des proletarischen Staates, der proletarischen Diktatur, als ersten und obersten Voraussetzung des Aufbaues der kommunistischen Gesellschaftsordnung.

3. Solange die Arbeiter gezwungen sind, den Kapitalisten ihre Arbeitskraft zu verkaufen, haben sie das Interesse, das zu den möglichst günstigsten Bedingungen zu tun (hoher Lohn, kurze Arbeitszeit, keine Antreiberei usw.).

Die Interessen der Arbeiter- und der Ausbeuterklasse sind also in allen Punkten entgegengesetzt; es gibt keine gemeinsamen Interessen zwischen ihnen,

der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist unüberbrückbar. Das Produkt der Unüberbrückbarkeit der Klassengegensätze ist der Klassenkampf. Dieser Gedanke ist nicht von uns, sondern von einem gewissen Karl Marx; dieser Gedanke wurde, von dem unseren KP-Genossen scheinbar unbekanntem Lenin mit besonderer Hartnäckigkeit gegenüber allen Opportunisten und Aposteln der Klassenharmonie vertreten, und gerade die Unbeugsamkeit und Unversöhnlichkeit mit der Lenin das tat, war die Voraussetzung, dass die russischen Arbeiter im Oktober 1917 siegen konnten. Auch die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre klägliche Gestalten und Deserteure des Klassenkampfes, vertraten den Standpunkt der "Aktionsgemeinschaft mit allen demokratischen Kräften des russischen Volkes", worunter sie die Koalition mit der liberalen Bourgeoisie verstanden. Indessen kam das Proletariat nicht unter Führung dieser Versöhner an die Macht.

Mit bürgerlich-kapitalistischen Kräften kann es keine "Aktionsgemeinschaft", d.h. Zusammenarbeit geben. Zusammenarbeit ist nur möglich, wenn zumindest in einer Frage ein gemeinsames Interesse da ist. In den entscheidenden Fragen sind die Interessen der Kapitalisten und Arbeiter entgegengesetzt. Eine Zusammenarbeit ist also nur dann möglich, wenn eine dieser Klassen auf ihre Klasseninteressen verzichtet. Dass nicht die Bourgeoisie verzichtet, haben uns 16 Jahre sozialdemokratischer Koalitionspolitik gelehrt.

Unsere KP-Genossen haben im österreichischen Bürgertum "Antifaschisten" entdeckt. Wir verfügen leider nicht über jene starke Vergrößerungsbrille, die uns diese seltenen Tiere zeigen könnte. Ja, wir bekennen, dass wir an ihrer Existenz überhaupt zweifeln. Zumindest handelt es sich aber um eine aussterbende Rasse, die nun den letzten Rest durch die Versöhnung mit Hitler erhalten hat. Gedenken wir ihr in stiller Trauer...

Unsere KP-Genossen entdecken in Oesterreichs Bürgertum "freisinnig und freiheitlich Denkende". Nun, wir wissen, dass der bürgerliche Freisinn, diese impotente Jammergestalt, die Religion, das pfäffische Verdummungswerk, noch stets als gut für die Arbeiter gefunden hat. Wir wissen, dass die "freiheitlich Denkenden" gerade solange "freiheitlich" waren, als sie damit Profitmöglichkeiten fanden. Gegen die Arbeiter haben sie ihre "freiheitliche Gesinnung" noch stets mit brutaleren Mitteln vertauscht. Kein einziger der "freiheitlich Denkenden" hat am 15. Juli 1927 eine Träne vergossen, kein einziger von ihnen starb im Feber 1934 an gebrochenen Herzen.

Doch sogar angenommen, dass es heute diese bürgerlichen "Freisinnigen und Freiheitlichen" wirklich gibt; für was sie sich entscheiden würden, ständen sie vor der Notwendigkeit, zwischen ihrer "Gesinnung" und ihren Klasseninteressen zu wählen: wir zweifeln nicht!

Die bürgerlichen "Kräfte scheiden also von vornherein als Bundesgenossen des Proletariats aus. Etwas anderes ist es aber mit den Massen des Kleinbürgertums. Mit ihnen ist ein Bündnis möglich (und notwendig). Die Differenz zwischen uns und der KP. (und der RS.) ist nur, wie dieses Bündnis herstellen,

Die Bourgeoisie sucht sich aus der Krise zu helfen nicht nur, indem sie die Ausbeutung der Arbeiter verschärft, sondern die Offensive der Bourgeoisie richtet sich auch gegen das Kleinbürgertum. Nicht nur den Arbeitern, auch den kleinbürgerlichen Massen ist nur zu helfen durch Kampf gegen die Bourgeoisie. Nur so zeigen wir den kleinbürgerlichen Massen, dass die Bourgeoisie letzten Endes ihr Feind ist, nur so zeigen wir, dass der proletarische Kampf sich nicht gegen die Kleinbürgerlichen Massen richtet, sondern im Gegenteil, auch ihnen helfen will auf Kosten der Bourgeoisie. Mit einem Wort: die Gefolgschaft der kleinbürgerlichen Massen in Stadt und Dorf können wir nur gewinnen durch entschiedenen, unversöhnlichen Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie und zwar einen Kampf der auch erfolgreich ist, denn das Kleinbürgertum richtet sich nicht nach Beteuerungen und revolutionären Deklamationen, sondern hält sich

nur an Tatsachen. Kann ein solcher Kampf geführt werden im Bunde mit der Bourgeoisie, oder mit Teilen derselben? Nein, das ist unmöglich! Der Kampf für eine unverfälschte proletarische Klassenpolitik, der Kampf gegen das politische und ideologische Abgleiten in das Lager einer anderen Klasse, ist der einzige mögliche und auf die Dauer erfolgreiche Weg, jene Voraussetzungen zu schaffen, die es überhaupt erst ermöglichen, das Kleinbürgertum aus der Gefolgschaft der Bourgeoisie zu lösen: die erfolgreiche proletarische Massenaktion gegen die Bourgeoisie.

Das Kleinbürgertum schwankt seiner ganzen Klassenlage nach zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Diese Schwanken kann man nur beenden, wenn man selbst festen Boden unter den Füßen hat, d.h. mit beiden Beinen auf proletarischen Klassenboden steht. Die KP. (und auch die RS.) hat aber diesen Boden verlassen, sie will das Bündnis mit dem Kleinbürgertum herstellen, indem sie sich selbst auf kleinbürgerlichen Boden stellt.

Die KP. hat, als tatsächliche Auswirkung ihre Politik, die proletarische Diktatur als ihr Endziel in Stich gelassen und an ihre Stelle die bürgerliche Demokratie gesetzt.

Die KP. verlangt nur mehr den kleinbürgerlichen Anteil an der kapitalistischen Staatsmacht. Diese Einstellung der KP. wird am besten sichtbar an ihrer "Volksfrontpolitik" und ihrer Losung einer "demokratischen Volksrepublik" und "antifaschistischen Volksregierung".

Die KP. hat versichert, die SP., die sich in Oesterreich RS. nennt, vor den Arbeitern als kleinbürgerliche Partei zu entlarven, ihre Unzulänglichkeit, ihre verräterische Grundeinstellung den Arbeitern zu zeigen, sie hat im Gegenteil, der RS. bestätigt, diese wäre eine "gleichwärtig proletarisch-revolutionäre Partei". Damit hat die KP. zugegeben, dass sie eine der RS. gleichwärtige, nämlich selbst kleinbürgerliche Partei ist.

Die KP. spricht die Sprache des Kleinbürgertums, sie verleugnet die proletarische Klassensprache. Vor uns liegt ein Pflichtartikel der KP. vom 24. Juni 1936: "Oesterreichs Kanzler liefert die Heimat dem Feinde aus!" Einige Proben aus diesem Artikel: "Die panische Angst vor der Formierung der Volksfront verleitet Schuschnigg zu Verweilungsschritten, lässt ihn das Banner der Unabhängigkeit Oesterreichs jetzt allen sichtbar zu Boden senken... Wir Arbeiter und Kommunisten, die wir die glühendsten Hasser des Faschismus sind, die ehrlichsten, ergebensten Kämpfer für die Unabhängigkeit Unserer Heimat Oesterreich, vom reaktionärsten, vertiertesten Typ des Faschismus - dem Hitlerfaschismus -, trotz organisierter Jagd auf uns, wir erheben das von Schuschnigg zu Boden gesenkte rote Banner, ergreifen es um so entschiedener, umso kühner, umso gewaltiger. Rein sei diese Fahne vor jedem Finger an dem Arbeiterblut klebt, stark sei diese Fahne als Sammelpunkt aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte in Oesterreich, zur Niederhaltung der faschistischen Gewalttäter, zur Aufrichtung der Volksfront, zum Sieg des Friedens und der Freiheit des österreichischen Volkes! Noch ist es nicht zu spät, Schuschnigg zurückzureißen vor dem Verkauf der Unabhängigkeit Oesterreichs!... Gegen Hitler gibt es nur einen Damm: den Zusammenschluss aller Kräfte zum Schutz der Heimat, in einer mächtigen Volksfront! Das Schicksal der Deutschnationalen, des Zentrums, soll allen Zögernden, Schwankenden, allen demokratischen Kräften eine gründliche Warnung sein und ein Anlass zum festen Entschluss: Mit der Arbeiterschaft gemeinsam zu kämpfen für den Schutz der Heimat! Durch das ganze Land muss eine Welle des Protestes gehen. Die christliche Arbeiterschaft, der Bauernbund, die Einheitsgewerkschaft, die Mieter-, Sport-, Kulturorganisationen, der Gewerbebund und alle jene Kräfte, die zusserhalb dieser Organisationen stehen

aber fest entschlossen sind, für Oesterreichs Unabhängigkeit einzustehen, sie alle müssen in gewaltigen Kundgebungen Oesterreichs Kanzler zurückkreissen.

Wir Kommunisten reichen allen Oesterreichern brüderlich die Hand, die ernst und gewillt sind, mit uns gemeinsam Oesterreich vor der braunen Flut zu retten!... Und in dieser Tonart der ganze Artikel... "Altar des Vaterlandes... unsere vergewaltigte Heimat..." Die KP. als österreichischer Heimatschutz Dr. Gute Nacht! Man muss sich nur einmal ansehen, welchen Organisationen die KP. "brüderlich die Hand reichen will. Der Einheitsgewerkschaft, den Kunstakleuten, dem Bauernbund des Reither, dem Gewerbebund des Stockinger; fehlt nur noch die kaisertreue Volkspartei. Und den Schuschnigg will sie nur mehr "zurückkreissen", damit er nur um Gotteswillen keine antiösterreichische Politik mache.

So kann man das Kleinbürgertum für das Proletariat nicht gewinnen. So sich den kleinbürgerlichen Massen "anpassen" heisst, deren Schwankungen mitzumachen, sie in ihren Illusionen zu stärken. Unter dem Deckmantel des "antifaschistischen Kampfes" hat die KP. die proletarische Klassensprache durch eine kleinbürgerlich-patriotische ersetzt, hat sich vollends in eine kleinbürgerliche Partei mit kleinbürgerlicher Politik verwandelt; all dies um das Kleinbürgertum für den "antifaschistischen Kampf" zu gewinnen. Die KP. hat damit das Gegenteil erreicht, die kleinbürgerlichen Massen noch mehr in die Arme der Monopolbourgeoisie gestossen. Die jüngste Entwicklung ist abermals ein Beweis für den Banrott dieser "antifaschistischen" Politik.

Zu Punkt 5: Unsere KP. Genossen halten es für unmöglich, "die antifaschistischen Kräfte klassenmässig zu scheiden". Dass das dem Verzicht auf proletarische Klassenpolitik (und damit auf die einzig wirksame und erfolgreiche "antifaschistische" Politik überhaupt) bedeutet; haben wir schon oben dargelegt. Die Tatsache, dass sich in unseren Reihen auch Angehörige des Kleinbürgertums und sogar vereinzelt Leute aus der Bourgeoisie befinden ist kein Argument dagegen. (Wir sprechen hier von jenen klassenfremden Elementen, die aus ehrlicher Ueberzeugung und nicht um irgendwelcher Vorteile willen in unseren Reihen sind.) Indem z.B. vereinzelt Abkömmlinge der Bourgeoisie zu uns stossen, geben sie ihre eigenen Klasseninteressen und Ideologien bewusst auf und stellen sich auf proletarischen Klassenboden. Marx und Engels sind die hervorragendsten Beispiele dafür. Doch die Tatsache, dass vereinzelt Leute aus der Bourgeoisie zu uns kommen können, darf uns doch nicht abhalten, gegen die Bourgeoisie als Klasse zu kämpfen. D.h. wahrhaftig, um einiger weisser Raben willen zu vergessen, was für ein furchtbarer Feind die Bourgeoisie als Klasse ist.

Gewiss befinden sich in den Reihen der Faschisten auch Arbeiter. Aber diese Tatsache, dass es Lumpen gibt, die ihre Klasse und Ueberzeugung um fünf Schilling verkaufen, und Idioten, die nicht sehen dass sie ihren Todfeind folgen, diese Tatsache darf uns doch nicht verleiten zu sagen, es sei unmöglich, die faschistischen Kräfte klassenmässig richtig zu bewerten als das, was sie wirklich sind als kapitalistische Bluthunde, als Lansknechte der Monopolbourgeoisie gegen die Arbeiter.

Auch wir sind nicht der Ansicht, "dass wir den Kampf gegen den Faschismus (und gegen die Bourgeoisie) nur mit überzeugten Marxisten führen können". Aber die "überzeugten Marxisten" haben die Aufgabe, in diesen Kampf die Führer zu sein. Dieses leninistische Prinzip der führenden Rolle der proletarischen Partei hat die KP. in Stich gelassen, sich in das Schlepptau klein- und linksbürgerlicher Schichten begeben.

Unsere KP. Genossen "haben keine Zeit zu warten". Sie sind sehr ungeduldig. Nun, warten und die Hände in den Schoss legen wollen auch wir nicht. Aber wir wollen eine Politik, die uns wirklich dem Ziel näher bringt, während die KP.

trotz ihrer "Ungeduld" nicht verhindert hat, dass die Nazi sich mit der Regierung ausgesöhnt, so dass die KP. jetzt wahrscheinlich noch "sehr lange warten" muss.

Von den "wertvollen Aktionen der Kriegsgegner" ist uns nichts bekannt. Wenn die KP. das famose "Enquentebüro" damit meint, und all den Tamtam um dieses herum, so müssen wir sagen, dass wir von diesem Schwindel nichts halten und wir nur eine einzige "Aktion" dieses Büro für wertvoll fanden: dass es in die Versenkung verschwand.

Zur Antwort auf die Mainnummer: Die Komintern und die KPD. haben noch lange Monate nach der Machtergreifung Hitlers die Einheitsfront mit der zweiten Internationale und der SPD. abgelehnt. Dies entsprach vollkommen der Einstellung der Komintern, die am besten beleuchtet wird durch das bekannte Wort Stalins: "Die Sozialdemokratie ist der Zwillingsbruder des Faschismus." Mit Hitlers "Zwillingsbruder" wollte die KPD. natürlich nicht zusammengehen. Das grundsätzliche Verhalten der KPD. zur SPD. wurde damals bestimmt durch die Theorie des "Sozialfaschismus", deren geistiger Vater Stalin ist. "Die Sozialdemokraten sind Sozialfaschisten. Mit Sozialfaschisten gibt es kein zusammengehen. Mit Otto Wels und Paul Löbe gibt es prinzipiell keine Einheitsfront. Einheitsfront nur von unten. Einheitsfront nur unter Führung der KP. Mit den Naziproleten gegen die Sozialfaschisten. Soßl Hitler nur hinauf, re wird bald abwirtschaften." Dies waren einige der bezeichneten Parolen der KPD. Niemals hat die stalinische KPD. der SPD. ein Einheitsfrontangebot gemacht, hat sie doch die leninische Einheitsfronttaktik prinzipiell abgelehnt. Ja, die Kpd ist im Jahre 1932 beim Nazi-Volksentscheid mit den Nazi sogar zusammengegangen gegen die SPD. Die Nazi wollten durch den Volksentscheid den Sturz der preussischen SP-Regierung Braun-Severing erreichen. Obwohl die KPD. wusste, dass, wenn es gelingt, in Preussen eine Naziregierung kommt, hat sie dennoch den von den Nazis inszenierten Volksentscheid unterstützt. Als ein Jahr später die Regierung Papen die preussische Regierung absetzte, rief die KPD. plötzlich den Generalstreik aus, und wandte sich dann, als sie dies gemacht hatte, an den Vorstand der SPD.-Organisation Berlin (also nicht an den Vorstand der gesamten SPD. und der freien Gewerkschaften) mit der ultimativen Forderung, er möge sich der von der KPD. aus gegebenen Streikparole anschließen. Der SPD. war es ein leichtes, wegen des Sturzes der Regierung Braun-Severing abzulehnen. Erstens sagte sie den Arbeitern, sei es unsinnig in den Generalstreik zutreten, da dieser Sturz von der KP. mit den Nazis selbst verlangt worden sei. Zweitens sagte sie, dass die KPD. es unterlassen habe, sich an den Vorstand der SPD. und der Gewerkschaften zu wenden ja, dies sogar prinzipiell ablehne. Die SPD. erreichte damit, dass die Generalstreikparole der KPD. auf dem Papier blieb. Nicht einmal die Kommunisten (5 Millionen Stimmen gegen 8 Millionen sozialdemokratische!) streikten, so wenig Zutrauen hatten sie in die Parole ihrer eigenen Partei. Ja, sehr viele sahen unter dem Einfluss der "Sozialfaschismus"-Ideologie im Sturz der Preussenregierung sogar einen Sieg der Arbeiter.

Die SPD. (und die SPÖ) hat die Arbeiter verraten, gewiss. Bleibt nur die Frage, warum es der KP. in diesen 16 Jahren nicht gelang, die Arbeiter von der SP. loszulösen? Waren die Arbeiter so dumm, oder war nicht doch vielleicht die Politik der KP. falsch? Und woher nimmt die SP. in der Schweiz, in England und der CSR. den Mut, heute noch das Zusammengehen mit der KP. abzulehnen? Vom Standpunkt des Kommunismus trägt die KP. die Alleinschuld an der Niederlage; sie wurde ja gegründet, weil die Kommunisten sich schon 1918 bewusst waren, dass die SP. die Arbeiter verrät und immer wieder verraten wird.

Was das "Märchen vom Sozialismus in einem Lande" und die französische und spanische Volksfront betrifft, verweisen wir auf das, was wir in den letzten Nummern über den Sozialpatriotismus und die Koalitionspolitik der Komintern geschrieben haben.

Abschliessend schreiben unsere KP.Genossen, dass jede revolutionäre Organisation sich das Vertrauen der Massen erobern muss, indem sie für die Interessen der Werktätigen kämpfend eintritt. Richtig! Das unterschreiben wir Wort für Wort. Und wir unterschreiben auch die Losungen, die die KP.Genossen anfügen. Wir kritisieren nicht nur, sondern unterstützen soweit der KP. (und auch die RS.) für diese Losungen und überhaupt die Tagesforderungen der Arbeiter und Werktätigen kämpft, diesen Kampf der KP. und der RS. mit all unserer Kraft. Doch wo es sich handelt um die Verteidigung des kapitalistischen Oesterreich, um sozialpatriotische Politik, um Bedürfnisse mit bürgerlichen Schichten, da können wir nicht mehr mit. Wo es sich handelt, zu wählen zwischen den Interessen verkleinbürgerlicher Schichten oder den internationalen Interessen des Weltproletariats, da gehen wir unsere eigenen Wege, da entscheiden wir uns für die letzteren. Und wenn die KP.Genossen uns prophezeien, "dass die grosse Masse der Arbeiter uns nie verstehen wird", nun, wir sind anderer Ueberzeugung. Wir stehen fest auf dem Boden der Theorie Marx und Lenins, wir machen diese Lehre den besten Arbeitern verständlich, wir erziehen wirkliche Bolschewisten. Mögen unsere KP.Genossen glauben, dass für diese Arbeit heute keine Zeit sei, mögen sie verständnislos beiseite treten oder uns Konterrevolutionäre oder wie immer beschimpfen: nichts wird uns abhalten, den Weg zu gehen, den wir als richtig erkannt haben und der, dessen sind wir sicher, das Proletariat zum Sieg führen wird.